



Beschluss der Kirchenkreissynode des Kirchenkreises Hamburg-West/Südholstein am 15. Mai 2009

Die Kirchenkreissynode Hamburg-West/Südholstein schließt sich dem Bündnis gegen den für den 6. Juni 2009 angemeldeten Aufmarsch von Neonazis in Pinneberg an und ruft zur Teilnahme an der von der Jüdischen Gemeinde Pinneberg angemeldeten Gegendemonstration auf.

Die Kirchenkreissynode sagt „Nein“ zu den Absichten und Zielen der Neonazis und dem von ihnen angesetzten „Tag der deutschen Zukunft“ gegen „Überfremdung“ am 6. Juni. Sie teilt die Auffassung, dass Faschismus keine Meinung ist, sondern ein Verbrechen, durch das in der Geschichte unendliches Leid über die Welt gekommen ist.

Als Synode einer christlichen Kirche, die den Juden Jesus als den Christus, als den Herrn und Heiland für alle Menschen bekennt, können wir nicht schweigen, wenn antisemitische Gruppierungen ihren Hass lautstark nach Pinneberg tragen wollen.

Als Synode einer christlichen Kirche, die das Evangelium allen Menschen und aller Welt verkündigt, können wir nicht schweigen, wenn sich rassistische Verachtung über Menschen anderer Herkunft und anderer Kultur ergießt.

Als Synode einer christlichen Kirche, die in der NS-Zeit selbst zu großen Teilen vergaß und schmerzhaft lernen musste, dass eine Herrenmenschen-Ideologie nicht gottgewollt, sondern menschenverachtend ist, können wir nicht schweigen, wenn Blut, Boden und Rasse zum höchsten Gut erklärt werden.

In der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 haben sich Christen um Gottes und der Menschen willen gegen den nationalsozialistischen Staat und dessen heidnischen Lehren gewandt.

Wenn jetzt, mehr als 64 Jahre nach Kriegsende und Befreiung von der NS-Diktatur, die ideologischen Enkel und Urenkel der Nationalsozialisten Hass und Verachtung gegen alles vermeintlich „Fremde“ schüren, **dann setzen wir dem aus christlicher Überzeugung unser „Nein!“ entgegen.**

Mit vielfältigem, kreativem, gewaltfreiem Protest gegen den Aufmarsch der Neonazis setzt sich die Kirchenkreissynode Hamburg-West/Südholstein gemeinsam mit den Pinneberger Bürgern, Parteien, Verbänden und Vereinen für ein friedliches, achtungsvolles und dialogisches Miteinander aller Menschen ein, die in unserer Stadt leben, arbeiten und zuhause sind.